

Bezugspreis: Für den Monat Dezember 750 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Kopierzahl ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 28. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Holzkonflikt.

Der Beschluß der Reparationskommission, daß die von Deutschland nicht ausgeführten Holzlieferungen an Frankreich eine „vorläufige Verfehlung“ bedeuten, findet im Zusammenhang mit der von Poincaré betriebenen Politik der Konfliktverschärfung in England und Amerika heftige Kritik.

unbedingt zu hoch gegriffen sein. Denn das Gesamtfaß der Holzlieferungen an die Entente beträgt nur 13 Millionen.

England und Amerika.

Die Amerikareise des englischen Schatzkanzlers.

London, 28. Dezember. (W.T.B.) Die erfolgte Abreise der britischen Finanzkommission nach den Vereinigten Staaten und die Verzugserklärung Deutschlands durch die Reparationskommission werden von der Presse als zwei Ereignisse bezeichnet, die wahrscheinlich einen wichtigen Einfluß auf die bevorstehende Premierministerkonferenz in Paris haben werden.

Der britische Schatzkanzler Baldwin erklärte vor seiner Abreise nach Amerika in Unterredungen mit Pressevertretern, er werde alles tun, um die bestmöglichen Bedingungen zu erhalten und mit einer Regelung zurückzuführen, die für beide in Betracht kommenden Teile befriedigend sei.

Washington, 28. Dezember. (W.P.) Die Ankunft der englischen Schuldenkommission wird hier mit großer Spannung erwartet.

Senator Lodge über die Weltwirtschaftskonferenz.

New York, 27. Dezember. (W.P.) Senator Lodge, der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, erklärte in einer Senatssitzung, die internationale Wirtschaftskonferenz, die Senator Borah vorgeschlagen habe, sei nutzlos, wenn Frankreich den Widerspruch gegen die Beschlüsse der Washingtoner Abrüstungskonferenz nicht zurückgibt.

Senator Borah erklärte in der Verantwortung dieser Rede, wenn man nichts tue, um Europa in seiner verzweifelten Wirtschaftslage zu Hilfe zu kommen, so werde in einem Jahr ein Krieg ausbrechen, in den die Großmächte und die Vereinigten Staaten verwickelt würden.

Neue Börsenhäuser?

Je näher die Pariser Konferenz heranrückt, um so mehr wächst die politische Spannung und um so mehr unterliegt im Zusammenhang damit die deutsche Mark an den ausländischen Börsen heftigsten Schwankungen.

London, 28. Dezember. (W.T.B.) „Times“ meldet aus Washington, aus den Presseartikeln ergebe sich, daß die öffentliche Meinung Amerikas zu einem großen Teil hinter den Vorschlägen von Borah stehe.

Eine Erklärung Hoovers.

London, 28. Dezember. (W.T.B.) „Times“ meldet aus New York: Der amerikanische Handelssekretär Hoover wiederholte gestern seine Erklärung, daß seiner Ansicht nach der größte Teil der interalliierten Schulden an Amerika bezahlt werden könne.

Was will Frankreich?

Iswolski über Frankreichs Ziele.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Serie von vertraulichen Telegrammen, die der damalige russische Botschafter in Frankreich, Iswolski, am 30. September 1914 von Bordeaux aus an den russischen Außenminister Sokolow richtete.

„Sodann besteht das hauptsächlichste Ziel Frankreichs — und in dieser Hinsicht sind alle drei verbündeten Mächte durchaus solidarisch — darin, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Preußens soviel wie möglich geschwächt wird.

Die Fortsetzung dieser Mitteilung trägt den Bemerker „Streng vertraulich“ und lautet in ihrem Hauptteil:

„Hierbei berief sich Delcassé auf die Verhandlungen, die in Petersburg im Jahre 1913 stattgefunden haben, und hat infolgedessen Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs dieselben geblieben sind, mit Ausnahme des Wunsches, die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten.“

Aus den vertraulichen Mitteilungen Iswolskis geht von neuem hervor, daß die französische Regierung bereits im Jahre 1914 die militärische, politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands als ihr Hauptziel betrachtete.

Der Kampf um das Petroleum.

England lehnt die Räumung von Moskau ab.

Lausanne, 28. Dezember. (W.T.B.) Die englische Abordnung beantwortete die letzte türkische Denkschrift über die Moskaufrage. Auf Grund eingehender ethnographischer, historischer, wirtschaftlicher und strategischer Beweismittel weist sie die türkischen Darlegungen zurück und betont vor allem, daß die englischen Truppen, nachdem sie seit dem siegreichen Ausgange des Krieges das Gebiet von Moskau besetzt halten, unter keinen Umständen die Bewohner wieder der türkischen Herrschaft ausliefern könnten.

Die Engländer erklären, daß sie in dieser Frage nicht nachgeben könnten. Die Türken bereiten eine neue Denkschrift vor, die wahrscheinlich morgen den Engländern zugestellt werden wird.

Die Arbeitslosenfrage in England.

London, 28. Dezember. (W.T.B.) Die Leitung des Gewerkschaftskongresses hat vorgeschlagen, daß innerhalb 14 Tagen eine Zusammenkunft mit Bonar Law abgehalten werden soll, um die Behandlung der Arbeitslosenfrage zu besprechen.

Deutsch-spanisches Handelsabkommen. Im spanischen Ministerrat gab der Minister des Äußeren bekannt, daß er mit der deutschen Regierung ein Handelsabkommen geschlossen habe, wonach Deutschland vom 20. Dezember ab den spanischen Erzeugnissen Reichbegünstigung gewähre.

Auch in Frankreich wird das Vorgehen der französischen Regierung heftig kritisiert. Der linksradikale „Devore“ vertritt den Standpunkt, daß man sich nunmehr im vollen Gewirr der Prozedur befinde, durch die Poincaré die nötige Zustimmung für die Konferenz vom 2. Januar vorzubereiten suche.

Die heftige Kritik, die das Vorgehen der französischen Regierung gefunden hat, scheint nun auch in den Kreisen der Reparationskommission sehr abkühlend gewirkt zu haben.

Nach alledem scheint nun auf allen Seiten des Bestrebens vorzuherrschen, den neuesten Konflikt auf gutlichem Wege beizulegen. Auf jeden Fall bedeutet aber dieser Konflikt einen sehr unangenehmen Zwischenfall.

Ueber den Wert des Streitgegenstandes, der der Reparationskommission Anlaß gegeben hat, eine Verfehlung Deutschlands festzustellen, gehen die Angaben weit auseinander.

## Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Die mehrfach angekündigte Besprechung der Gewerkschaftsvertreter mit dem Reichskanzler findet heute nachmittags um 1/4 Uhr in der Reichskanzlei statt. Ihre Grundlage bilden die im heutigen Morgenblatt wiedergegebenen fünf Fragen.

## Hitler und seine Gönner.

Ein Mohr, der seine Schuldigkeit tat.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht aus der Feder ihres Münchener Mitarbeiters, eines Herrn v. L., eine höchst aufschlußreiche Darstellung der Hitler-Bewegung in Bayern, die auch mancherlei Rückschlüsse auf die Förderer der Bewegung zuläßt. Der jetzt 33jährige Hitler, ein Oberösterreicher, der als Bayer Kriegsdienst geleistet hat, Architekturmaler und Zeichner von Beruf, hat sich durch seine Beredsamkeit zum Führer der Nationalsozialistischen Partei aufgeschwungen. Seine Organisation ist in Bayern „innerhalb der vereinigten vaterländischen Verbände ein vollwertiges, hochangesehenes Glied, dem man seine Auswüchse, ein manchmal sehr unbehagliches und robustes Auftreten, gerne nachsieht, da es im Kampf um den Arbeiter, den man aus den Klauen des Marxismus zu reißen bemüht ist, zweifellos die Führung und die meisten Erfolge hat.“

Hitler werde von seinen Anhängern für den kommenden Diktator gehalten. Herr v. L. meint jedoch, etwas hochmütig, Hitler werde „als grundehrlicher Mann doch die Grenzen fühlen, die dem nur durch eisernen Fleiß aus dem Niveau des einfachen Handarbeiters Emporkommenden nun einmal gesetzt sind“. Das wirtschaftliche Programm der Bewegung, so heißt es dann wieder ein wenig höhnisch, enthalte „eine reichliche Auswahl von jugendkräftigen Nummern“:

Keistlose Einziehung aller Kriegsgewinne, Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Trusts, Gewinnbeteiligung der Arbeiter an den Großbetrieben, Brechung der Zinsneidenschaft, Kommunalisierung der Groß-Börsenhäuser, Hebung des Kleinhandels und des Mittelstandes, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Boden speculation, unentgeltliche Entleerung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Todesstrafe für Wucher und Schieberium.

Wozu Herr v. L. augenzwinkernd bemerkt:

Unter diesen Forderungen ist zweifellos außerordentlich reichlich viel Kost, von dem noch nicht abzusehen ist, ob er einen genügenden Wein geben wird. Gerade im Kampf gegen die materialistische Weltanschauung aber, und damit mit der Sozialdemokratie, kann die Bewegung einen kräftigen Schub idealistischer Volksbegleitungsansätze nicht entbehren, die die rauhe Wirklichkeit später wohl selbst auf ein erträgliches Maß zurückzuführen wird.

Ein Verbot der nationalsozialistischen Versammlungen, wie es wegen der in Göttingen verübten Gewalttätigkeiten in Württemberg erfolgt ist, sei in Bayern nicht zu erwarten. Als Erfolg dieser Duldung wird folgendes vorausgesetzt:

Es ist zu erwarten, daß es auch in Bayern, wo Hitler seine Vortragsreisen, die er unter dem Schutz seiner Stütztruppe gerade nach den Orten fortzusetzen entschlossen zu sein scheint, wo bisher die Sozialdemokratie ihren sichersten Anhang hatte, zu ernsthaften Zusammenstößen mit den Sozialisten kommen wird, insbesondere dürfte wohl in Nürnberg in absehbarer Zeit es zu einer Gewaltprobe zwischen den nationalsozialistischen und den international orientierten unter der Bevölkerung kommen. Aus welcher Seite der Erfolg sein wird, ist bei dem ständigen Anwachsen der Hitlerschen Bewegung und bei der geschickten Organisation ihrer Ausläufer nicht zu bezweifeln.

Zusammengeseht ergibt sich folgendes: In deutschnationalen und bayerisch-offiziellen Kreisen hält man diesen Hitler für einen sonderbaren Schwärmer, an dessen Messias-Eigenschaft man nicht glaubt. Der Aert ist Proletarier von Haus aus und als solcher schon an sich minderwertig. Sein Wirtschaftsprogramm betrachtet man als demagogischen Unsinn. Daß seine Knüppelaktion zu Zusammenstößen, zu Blutvergießen und Verlust von Menschenleben führt, weiß man, man rechnet kaltblütig damit und erhebt dagegen keinen Einspruch. Denn Hitler wird, so hofft

man, die Arbeiter „den Klauen der Sozialdemokratie entreißen“, und dieser Zweck heiligt jedes Mittel. Wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, wird man ihn schon wieder gehen lassen, dann werden die Herren v. L., v. A. und v. P. kommen und, mit dem Monokel im Auge, Deutschland regieren, wie es sich gehört.

Böswillig und unwahr, aber nicht verboten.

München, 28. Dezember. (M.Z.) Halbamtlich wird darauf verwiesen, daß das „Heimatland“ in seiner vierten Novemberausgabe eine abenteuerliche Geschichte von einem Geheimschreiben der deutschen Reichsregierung an die französische Regierung über die Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung in Bayern gebracht habe, die von Anfang bis Ende unwahr sei. Die Reichsregierung habe bereits die Behauptungen des „Heimatlandes“ als unwahr zurückgewiesen. Nichts könne so sehr zur Vergiftung der Stimmung zwischen Süd und Nord beitragen, als solche böswilligen Erfindungen und unwahre Nachrichten. Gerade weil die Bayern die über das bayerische Volk und die bayerischen Verhältnisse regelmäßig wiederkehrenden unwahren Berichte bedauern und verurteilen, sei es Pflicht der bayerischen Presse, unwahre Tendenzberichte über die Reichsregierung oder norddeutsche Verhältnisse sofort zurückzuweisen.

Das nationalsozialistische „Heimatland“, das Organ des Herrn Dr. Hitler, tut alles Erdentische, um die Reichsregierung verächtlich zu machen. Wie man sieht, scheut es sogar nicht davor zurück, der Reichsregierung nachzusagen, sie gebrauche französische Hilfe im Kampf gegen Bayern. Hätte ein Feschenbach diese Verteufelungen der bayerischen Regierung nachgelacht, so hätte es wahrscheinlich in Bayern einen großen Skandal gegeben. Da aber nur die Reichsregierung verleumdet wird und Hitlers „Heimatland“ die Giftspitze in Bewegung setzt, begnügt man sich mit einer lendenlahmen Erklärung.

## Schule und Politik.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wendet sich in einem Erlaß an die Provinzialschulkollegien und Regierungen, in dem eine grundsätzliche Umstellung in den Beziehungen der Schule zu dem Vereinswesen angeordnet wird. Die Schule soll künftig in dieser Hinsicht auf jedes Aufsichtsrecht verzichten. In der Begründung dieses Verzichts heißt es: Der Versuch zwischen politischen oder parteipolitischen Jugendvereinen und anderen unpolitischen Verbänden zu unterscheiden, müssen notwendig zu Einseitigkeiten und Ungerechtigkeiten führen, deshalb müsse man dieses Unterscheidungsmerkmal fallen lassen. Zu gleicher Zeit wird aber die Einschränkung gemacht, daß die Schule als Veranstaltung des Staates es nicht zulassen könne, daß ihre Schüler Vereinigungen angehören, die sich gegen den Staat oder die geltende Staatsform richten. Im Grunde genommen opfere also der Verzicht nur formale Rechte der Schule.

Wenn in dem Erlaß die Einschränkung bezüglich staatsfeindlicher Vereinigungen gemacht wurde, so ist das selbstverständlich. Fraglich muß es aber bleiben, ob es den Schulen nicht an einer autoritäreren Handhabung fehlt, nachdem die formalen Rechte fallen gelassen worden sind. Gewiß ist es zu begrüßen, wenn das Kultusministerium den Kampf gegen das schädliche Vereinswesen dadurch zu unterstützen empfiehlt, daß die Schule selbst durch Gründung und Förderung von Schülervereinen dem jugendlichen Bedürfnis nach freiem, selbstverantwortlichem Zusammenschluß verständnisvoll Rechnung trägt, daß sie alle ihre Lebensformen im Geiste wahrer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft einfaßt, daß der Lehrer Spiel und Wanderung, Klassen- und Schulgemeinde im Sinne wahrer Kameradschaft ausgestaltet und daß Erziehung und Unterricht mit staatsbürgerlichen Gedanken durchdrungen werden. Gewiß ist es richtig, wenn es in dem Erlaß heißt, am wirksamsten werde die Schule den Erfolg ihrer Arbeit sichern, wenn der Lehrer nach viel mehr als bisher bemüht ist, der Jugend innerlich nahe zu kommen, statt an sie die ihr oft fremden Maßstäbe des Erwachsenen zu legen. Das alles sind Ziele, denen man nur zustimmen kann, ob sie aber, wie das Kultusministerium meint, einen mehr als vollständigen Erlaß für die formalen Befugnisse geben werden, muß stark bezweifelt werden, da sich in der Schule selbst

borenen Reizung zur Kastei ausläßt. Es sind die Zeiten nach dem Dreißigjährigen Kriege, der die deutsche Bevölkerung dezimierte. Ein hochwohlwärtiger Nürnberger Kreisrat hat in Erwägung, daß es an Geburten mangelte, den Beschluß gefaßt: die Bigamie sei fürderhin gestattet, ja als ein Gott wohlgefälliges Werk den patriotischen Untertanen zu empfehlen. Und Meister Martin, auf den die beiden jungen Zwillingstochter des Nachbarn, die Janke Renne und die tede Urkel, es schon lange abgesehen, der aber Weltlichkeit und Weisheit bisher verachtete, verfaßt in seinem Pflichtbewußtsein auf die Idee, dem Vaterlande so zu dienen. Seine Freundin, die alte humpelnde Marketerndin, übernimmt die Brautwerberrolle beim Vater des Pächers, und weder der noch eins der Mädchen hegt Bedenken. Der Abend nach dem Hochzeitsfeste, als der neugebackene Gatte, der keine Bedenken machte, in die passive Rolle von Duridans Gel zu versallen droht, ist in dem zweiten Bild, dem Bühnenwirklichsten, mit drohtisch-übermütiger Poffenkomik ausgemalt. Doch dieser Stil ließ sich nicht halten. Die weiteren Szenen schädern, vorwiegend ernst, wie sich die Mädchenverbindung der gleichermäßen in den Mann verliebten Zwillinge alsbald in eifersüchtigen Streit und Haß verwandelt, der freilich nach dem Rückschlusse des Autors, als Kinder kommen, wieder in eitel Verträglichkeit umschlägt. Martin bedeckt dabei, daß er im Grunde nur die Renne liebt, und sagt's der Urkel, die nun, von der Schwester herzlich aufgefordert, auf alle Ansprüche verzichtet und mit ihrem Jungen unter Martins Dache weiter wohnen bleibt. Dem guten, erst arg gequälten Gatten erscheint die Lösung als endgültiger Friedensschluß.

Die Ausführung brachte das bei aller Verzwicktheit der Situationen volkstümlich einfache Zeitspielstück glücklich heraus. Dem hochgewachsenen schwerwichtigen Zimmermann Allands standen die Damen Vort und Klotow (diese eine besonders lebendige Urkel) zur Seite. Gustav Ross verkörperte ansprechend den Vater, den gutmütigen Seilermeister Volkemuth. Mit temperamentvoller derber Frische gab Jeanette Bethge in der geschlossenen Figur des Stüdes die alte Marketerndin, die ihre Lebenszeit durch alle Stürme des endlos langen Krieges hindurch gerettet hat. dt.

Weihnachtskonzert in der Garnisonkirche. Der Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin hat sein drittes Festkonzert an den zwei Weihnachtsfeiertagen in die Alte Garnisonkirche verlegt. Da die Leitung Prof. Karl Thiele mit seinem Madrigalchor übernommen hatte, so war ein musterhaftes Programm und dementsprechende Ausführung fast selbstverständlich. Drei größerer Chorwerke, darunter die interessant gefasste und machtvoll gestaltete „Beisagung des Jekias“ unseres Friedrich C. Koch und zwei Weihnachtslieder waren die Vorbereitungen des Chores. Welche Wunder feinsten gefasster und stilvoller Kultur offenbaren sich hier! Und dabei ist das Stimmaterial keineswegs hervorragend, weder das männliche noch das weibliche. Manche Rauheit und allzu offensichtliche stimmliche Anstrengung enttäuschen fast immer beim ersten Hören. Hat man sich aber erst einige Minuten an den Timbre der Stimmen gewöhnt, so erlischt jedes Bedenken dem Jauder dieses Vortrages, diesem innigsten Verleuten, diesem neuen Musizieren gegenüber, das gerade diese mittelalterlichen Gesänge so sehr verlangen. Frau Gertrud Wolf, die in der Kochschen modernen Kantate noch etwas unfrei war, sang mit ihrer kalten und weichen

der Umformungsprozess bisher keineswegs überall vollzogen hat. Ohne formale Rechte werden in Ubergangszeiten Forderungen, die an und für sich selbstverständlich sind, nur zu oft übersehen.

## Politische Verhaftungen in Mannheim.

Den „Frankfurter Nachrichten“ zufolge wurden am vergangenen Sonntag in Mannheim etwa 20 jüngere Leute verhaftet, die einem vor kurzem gegründeten Turnverein bzw. einer Schießabteilung angehörten. Das beschlagnahmte Vereinsmaterial, Schriftstücke und zwei Gewehre mit Munition, lassen darauf schließen, daß es sich hier um eine verbotene Vereinigung handelt. Von den Verhafteten sind einige wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

## Die „Opfer“ der Landwirtschaft.

Bittere Klagen kommen aus landwirtschaftlichen Kreisen darüber, daß die Getreidemenge immer noch nicht beseitigt ist. Sie klagen auch dann noch, wenn sie, wie es jetzt geschieht, für eine Tonne Roggen 165 000 M. erhalten. Sie klagen, weil sie im sogenannten freien Handel mehr bekommen würden. Für den Preis von 165 000 M. pro Tonne sollen sie ein Sechstel des Umlagegetreides, also 416 666 Tonnen abliefern. Gewiß sind die Getreideumlagen gewaltig gestiegen. Es gibt aber auch Unkosten in der Landwirtschaft, die fast konstant geblieben sind. Zu diesen gehören die Hypothekenzinsen, sie waren sonst ein hervorragender Ausgabeposten. In Preußen wurden in den 26 Jahren von 1886 bis 1912 in ländlichen Grundstücken an Hypotheken 22 824 850 000 M. eingetragen und 12 358 119 000 M. gelöscht.

Die Hypothekenlast stieg also um 10 166 731 000 M. Nimmt man an, daß diese Summe mit 4,5 Proz. verzinst werden muß, dann müßten die Landwirte 45 750 289 M. aufbringen. Um diese Summe zu erlangen, müßten sie bei einem durchschnittlichen Roggenpreis von 175 M. für die Tonne 261 430 Tonnen Roggen verkaufen. Bei dem jetzt festgesetzten Umlagepreis genügt die Ablieferung von 277,28 Tonnen, um die Summe zu erhalten. Würden sie die Menge an Roggen, die sonst zur Deckung der Zinsschuld erforderlich war, also 261 430 Tonnen abliefern, dann erhalten sie 45 135 950 000 M., also eine Summe, die nicht nur ausreicht, die Zinsen und den Zuwachs an Hypotheken abzutragen, sondern es bleiben noch 32 923 468 711 M. zum Abstoßen weiterer Hypotheken. Man kann also getrost sagen, daß durch die Ablieferung von einem Sechstel des Umlagegetreides die Landwirte völlig schuldenfrei werden. Und doch brauchen sie nicht mehr Getreide herzugeben, als sie sonst hätten verkaufen müssen, um die Zinsen für ihre Hypotheken zu bezahlen.

Die „Rote Fahne“ wird ab Neujahr nur noch einmal täglich erscheinen. Der Verlag drückt in einem Aufruf an die Leser die Hoffnung aus, bei einem Preis von 1000 M. die Leser halten zu können, die bei einem Preis von 1600 M., der bei zweimaligem Erscheinen notwendig sei, abspringen würden. Diese Hoffnung scheint nur wenig begründet. Denn die „Rote Fahne“ kommt jetzt schon vor lauter Sämpfen auf die Sozialdemokratie nicht mehr dazu, ihre Leser über die tatsächlichen Vorgänge auch nur notdürftig zu unterrichten. Erscheint die „Rote Fahne“ nur noch einmal täglich, so werden ihre Leser überhaupt nichts mehr von dem erfahren, was in der Welt vorgeht. Dafür sind aber auch 1000 M. im Monat zuviel!

Henderson als Kandidat aufgestellt. Genosse Arthur Henderson, Vorkämpfer der 2. Internationale und Sekretär der britischen Arbeiterpartei, war bekanntlich bei den englischen Neuwahlen im November durchgefallen. Der Wille, diese Schlappe (so bald wie möglich wieder gutzumachen, war in den Reihen der Arbeiterpartei so allgemein, daß Henderson zum Hauptkandidaten der Fraktion bestimmt wurde, mit der Maßgabe, daß er sich in dieser wichtigen Funktion bis zu seiner Wiederwahl vertreten lassen dürfe. Jetzt ist der Arbeiterabgeordnete A. R. Bell von der Hafenstadt Newcastle gestorben und die dortige Parteioffiziation hat für die Ersatzwahl Henderson aufgestellt. Er wird als Gegenkandidaten einen konservativen Hauptmann a. D. namens Gee haben, welcher im März 1921 R. Mac Donald bei einer Nachwahl in der Londoner Arsenalwahl bei Woolwich knapp geschlagen, im November aber vor einem Arbeiterparteilager wieder unterlag. Hendersons Aussichten sind in Newcastle um so besser, als dort im November der Arbeiterparteilager mit mehr als 3000 Stimmen Vorprung gegen zwei Liberale und ohne konservativen Gegner gewählt worden war.

Sopranstimme mehrere Volkslieder sehr schön. Meister Walter Fischer war als Solist und Begleiter gleich bewundernswert. Auch Konzertmeister Lambion (Violine), Frau Hopf-Geigel (Harfe) u. a. verschönten durch ihr Spiel die andachtsvolle Stunde, die leider viel zu schnell vorüberauschte. H. M.

„Im Strom der Zeit.“ Der unter diesem Titel bekannte Gedichtband Ernst Prezangs liegt nunmehr in vierter, wesentlich vermehrter Auflage vor. (A. H. W. Dieß und Buchhandlung Bornwärd. Preis 20 M.) Der Dichter hat dieser Neuausgabe namentlich zahlreiche seiner schönsten, tiefempfundnen Kriegsstrophen hinzugefügt. Der Inhalt der ersten Ausgaben ist sonst nur ganz unwesentlich verändert worden. Dadurch wurde nicht nur die harmonische Geschlossenheit des Ganzen gewahrt, sondern sie wurde vielschichtiger noch um einige Grade vertieft und dem jüngsten Zeitgeschehen angepaßt. Was Prezang da der Arbeiterklasse auf den Wäldergangensfeldern gelegt hat, ist ein Buch der Befreiung und der Veredelung, das die Sklaven des Alltags hinausführen will in die Schönheit der Natur, das die Kämpfer wachruft für hohe Menschheitsziele, das in stiller Nachdenklichkeit um Erlösungen wirbt und auf die feinsten Schwüngen der Arbeiterklasse hinaufsteigt. Prezangs formvollendeter Strophenbau ist bekannt; er braucht hier nicht besonders erwähnt zu werden. Was er zu sagen hat, kommt vom Herzen und geht zum Herzen. In Schlichtheit und Schönheit fließen ihm die Worte, reich an Bildern und Farbenpracht ist seine Sprache, erhebt und befreiend jeder Gedanke, dem seine vollendete Kunst Ausdruck verleiht. Würde die vorliegende Ausgabe seines vielgelesenen Buches ihm zahlreiche Freunde werben; die Gediegenheit des Inhalts wird sicher keinen enttäuschen. Auch auf die vornehm-geschmackvolle Ausstattung möchten wir an dieser Stelle noch ausdrücklich hinweisen. I.

Die deutsche Sprache in Japan. Nach dem Weltkrieg haben sich bald wieder wertvolle Beziehungen zwischen Deutschland und Japan angeknüpft, vor allem auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Wenn auch nicht alle deutschen Wünsche in bezug auf diese Beziehungen erfüllt worden sind, so ist es doch erfreulich, daß in dieser Zeit für die Verbreitung der deutschen Sprache in Japan von Seiten der Japaner auch viel geschieht. Es ist in Deutschland wenig bekannt, daß in Japan eine eigene Zeitschrift „Die deutsche Sprache“, neuerdings betitelt „Deutsche Blätter“, erscheint, die von einem Japaner herausgegeben wird. Der Herausgeber ist Prof. M. Maruyama, Lehrer der deutschen Sprache am Ober-Gymnasium in Tokio. Diese Zeitschrift erscheint in deutscher und japanischer Text und ist bei den Japanern sehr angelesen. Seit dem Kriege ist auch wieder eine große Zahl deutscher Lehrer an japanische Schulen berufen worden. Daß die Zahl der Japaner, die in Deutschland studieren, sehr groß, ist bekannt.

Am Deutschen Theater geht in Abänderung des Spielplans Freitag, den 29., „Caesar und Cleopatra“, Sonnabend, den 30., „Der lebende Leichnam“ in Szene.

Die Galerie Van & Co. Unter den Linden 21, eröffnet am 2. Januar eine Sonderausstellung von Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen von Marc Chagall. Wichtigkeit finden statt Sonderausstellungen von Kurt Herrmann, Oskar Reuß, Max Beckmann und Alfred Parzelt.

## Die Staatsstute.

Von Erna Büsing.

Stuten, die im Staatsgestüt geboren sind und die ein Landstallmeister für wertvoll anerkannt hat (weniger versprechende kommen auf die Auktion), gibt der Staat nur unter äußerst strengen Bedingungen frei. Der Käufer muß sich urchtendlich verpflichten, daß er dem Tiere keine Arbeiten zumutet, die über seine Kräfte gehen, es nicht wieder verkauft und ihm das Gnadenbrot gibt. Zudem bedundet der Staat durch den Preis, den er fordert, Sorgfalt in der Auswähl der Brotgeber.

Galanta war eine Staatsstute und ihr jetziger Besitzer hält sie wert. Augenblicklich wird sie gemalt. Warum sollte sie auch nicht. Sie ist in einem Staatsgestüt geboren und ein größenwachstümlicher Monarch jagte einmal von ihr und ihresgleichen: „Keine Stuten.“ Das war ein ausreichendes Glorienzeichen um ihr Haupt, um sie in der Galerie des für entfernte Nachkommen registrierten Bestandes festzuhalten.

Galanta ist's aber auch wert, daß sie gemalt wird. Schneeweiß ist ihr Fell, rosa ist ihr Maul, und zwar von einem solch verführerischen Kose, wie man es sonst nur bei dem fleischfarbenen Trifol mondaner Puppen gewohnt ist, blankschwarz sind ihre Augen. Trotz ihrer 18 Jahre ist sie noch tollt, munter und neugierig. Ein Demonstrationsobjekt sozialer Folgererscheinungen. Was doch gute Behandlung, Pflege und stets genügendes Essen vermögen!

An einen Baum hat man Galanta gebunden, weil man hofft, sie würde sich auf diese Weise herbeikommen, dem Maler dann und wann Modell zu stehen. Sie wickelt sich langsam um den Baumstamm, steigt, schlägt, wickelt sich langsam wieder ab, steigt, schlägt und träumt dann in's Blaue hinein. Manlos, wie das nur orientalische Bettler und Tiere können. Menschen, die nichts mehr wünschen, und Tiere, die nie was wünschten, sind dem Weltgeist nahe. Galanta lähnt vor Wohlbehagen.

Ich schaue Galanta an. Sie hat das verbriefte Anrecht auf's Gnadenbrot. Das gönne ich ihr von ganzem Herzen. Und doch ist langsam mein Selbst ganz zusammengekrümpt. Es ist doch auch so schade, daß der Staat nur einem Teil seiner Stuten ein würdiges Dasein sichert — und die Menschen so ganz vergißt.

Centraltheater: „Der Bigamist“ von Otto Ernst Hesse. Die mittelalterliche Sage von dem Grafen von Gleichen, der mit zwei Ehefrauen in ungetrübtem Glück und Frieden bis an sein seliges Ende lebte, hat dem Verfasser der Komödie wohl die Anregung gegeben, das Thema der Doppelsehe in anderer Weise, weniger optimistisch zu behandeln. Sein Bigamist ist alles andere als ein Weiberheld, der leichtsinnig und skrupellos in die Zwifmähle hineinkläuft. Im Gegenteil, ein ganz bescheidener, solider und äußerst bibelhafter Zimmermeister, der sich sein Kreuz gewissermaßen in einer einge-

## Eröffnung des russischen Kätetongresses.

Moskau, 24. Dezember. (O.E.) Der 10. Allrussische Kätetongress wurden am 23. Dezember feierlich eröffnet. Der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Kamenew, erstattete Bericht über die allgemeine Lage und Politik der Sowjetregierung. Lenin war in der Eröffnungssitzung nicht anwesend, was das größte Aufsehen erregte. In seiner Rede erklärte Kamenew u. a., die wichtigste Aufgabe des Kongresses sei die Zusammenfassung der föderierten Sowjetrepubliken zu einem einheitlichen Bundesstaate, womit die Periode der Bürgerkriege ihr Ende finden werde. Die Zeit, da Sowjetrußland sich unter Opfern um den Abschluß internationaler Verträge bemühen mußte, sei vorbei; fortan würden nur Verträge geschlossen werden, die, wie der Rapallo-Vertrag, den politischen und wirtschaftlichen Interessen entsprächen: so sei der Vertrag mit Italien verworfen worden, da er keine Anerkennung der Sowjetregierung enthielt, und die Konferenzen in Genua und im Haag seien erfolglos geblieben, weil die Westmächte für die Anerkennung zu schwere Bedingungen stellten. Die Konferenz in Lausanne stelle einen Zweikampf zwischen England und der Sowjetföderation dar. Sowjetrußland werde für die Souveränität der Türkei eintreten, selbst wenn die türkische Regierung dazu nicht imstande sein würde. (!) In der Meerengenfrage scheine die Türkei zu sehr weitgehenden Zugeständnissen an die Westmächte bereit zu sein. Die Sowjetregierung werde jedoch ihre Unterschrift nicht unter einen Vertrag setzen, der die russischen Schwarzmeerflotten dem Angriff einer feindlichen Flotte aussetze.

## Die Schweiz und die Internationale.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat nach Kenntnisnahme der Beschlüsse des Exekutivkomitees der Wiener Arbeiterweltkongresses betreffend die Einberufung eines internationalen Arbeiterweltkongresses und einer eventuellen Verschmelzung der I.S.P. mit der Zweiten Internationale mit Stimmenmehrheit einen Beschlusstrat zugestimmt, daß die Vereinigung auf internationalen Boden keineswegs bedingte und daß im Gegenteil die Wiener Arbeiterweltkongress noch wie vor eine wichtige Mission der internationalen Arbeiterpolitik zu erfüllen habe. Dies schließt indes keineswegs gemeinsame Aktionen mit anderen internationalen Klassenorganisationen aus.

Im Sinne dieser Erklärung ist die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz mit der im Haag von den Vertretern der Wiener und der Londoner Exekutivkomitees beschlossenen Einberufung eines internationalen Arbeiterweltkongresses einverstanden, sofern dieser Kongress zur Aufgabe hat, die Arbeiterklasse international zu Aktionen gegen die Politik der herrschenden Klassen aufzurufen und dadurch die internationale Einigung des Proletariats zu fördern.

Sollte der Arbeiterkongress darüber hinaus zur Aufgabe haben, eine organisatorische Verschmelzung der internationalen Arbeiterweltkongresse sozialistischer Parteien mit der Zweiten Internationale herbeizuführen, so erblickt die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz als unerläßliche Voraussetzungen einer solchen Verschmelzung die Anerkennung der in den Beschlüssen der Wiener Konferenz vom Februar 1921 niedergelegten Grundzüge durch die neu zu schaffende internationale Organisation und durch die ihr angeschlossenen Parteien insbesondere die bindende Verpflichtung:

1. auf Ablehnung der imperialistischen Landesverteidigung und ihrer Mittel,
2. auf Ablehnung der Burgfriedenspolitik im Kriege wie im Frieden,
3. zur Führung der proletarischen Aktionen im Sinne des revolutionären Klassenkampfes,
4. zur Anerkennung und Durchführung der von der internationalen Organisation gefassten Beschlüsse durch die angeschlossenen Parteien.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz betrachtet diese Forderung zugleich als Grundlage für die Einberufung des geplanten Arbeiterweltkongresses und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Zulassungsbedingungen zu dem Kongress im Sinne dieser Forderungen aufgestellt werden.

## Eröffnung des indischen Kongresses.

London, 27. Dezember. (W.B.) Nach einer Redung aus Gana ist dort der indische Nationalkongress in Anwesenheit von 4000 Vertretern eröffnet worden. Der Präsident warnte in seiner Eröffnungsrede vor Gewalttätigkeiten gegen die englische Herrschaft und sagte, die Forderung, Indien Selbstverwaltung zu gewähren, müsse in praktischer Form verwirklicht werden.

Gründung der thüringischen Staatsbank. Der Landtag von Thüringen nahm nach langer Beratung den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Schöpfung einer thüringischen Staatsbank mit dem Sitz in Weimar an. Das Grundkapital soll 100 Millionen Mark betragen.

Wer ist's im neuen Parlament. — Unter diesem Titel („Who's who in the new Parliament“) ist mit erstunlicher Schnelligkeit ein Handbuch des neuen englischen Unterhauses bei Philip Bee in London erschienen, herausgegeben von T. W. Wallding, das allen künftigen Handbüchern dieser Art für die deutschen Parlamente als Muster dienen könnte. Das Buch enthält zwar nicht die Photographien der neuen Unterhausmitglieder, dafür aber eine kurze und doch ausreichende Charakteristik eines jeden Abgeordneten und darüber hinaus sehr wertvolle Ergänzungen, wie z. B. die vollständige Zusammenfassung des neuen Kabinetts, sowie die Programme und Wahlansprüche einer jeden Partei, von den 343köpfigen Konservativen bis zu den einöpfigen Kommunisten.

## Devisenkurse.

	25. Dezember		27. Dezember	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
1 holländischer Gulden	2992.50	3007.50	2922.67	2937.33
1 argentinische Papier-Peso	2962.82	2977.80	2778.63	2799.97
1 belgischer Franc	498.75	501.25	491.26	493.74
1 norwegische Krone	1421.43	1428.57	1398.99	1406.01
1 dänische Krone	1551.11	1558.89	1516.20	1523.80
1 schwedische Krone	2029.91	2040.09	1970.06	1979.94
1 finnische Mark	187.58	188.47	—	—
1 japanischer Yen	8040.87	8059.19	—	—
1 italienische Lire	879.05	880.97	875.06	876.94
1 Pfund Sterling	86159.87	86340.63	84164.37	84393.63
1 Dollar	7351.01	7358.93	7319.15	7355.85
1 französischer Franc	543.67	546.88	536.15	538.85
1 brasilianischer Milreis	895.25	899.75	—	—
1 Schweizer Franc	1481.41	1488.59	1391.51	1398.49
1 spanische Pesta	1182.08	1187.97	1157.10	1162.90
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	10.34	10.48
1 schweizerische Krone	—	—	234.41	235.58
1 ungarische Krone	—	—	8.09	8.11
1 bulgarische Lewa	—	—	50.87	50.88
1 jugoslawischer Dinar	—	—	79.30	79.70

## O.-B.-Zigaretten.

Das Geheimnis dieser Ueberschrift ist bald enthüllt. Es heißt ganz einfach „Zigarette ohne Wanderole“. Dieser Name ist ganz und gar in den Hochzeiten. Bei der Höhe der Wanderolensteuer, die auf den Zigaretten lastet, versuchen es die Interessenten, sich auf alle mögliche Weise vor dieser Steuer zu drücken. So hat sich denn der Handel von Zigaretten ohne Wanderole direkt zu einer Spezialität gewisser Händler entwickelt. Alle Versuche der Behörden, den Steuerhinterziehungen beizukommen, sind bisher gescheitert. Es ist wirklich ein reiner Zufall, wenn der eine oder der andere dabei gefaßt wird.

Selbstverständlich tragen Zigaretten, die in festen Packungen an das Publikum verkauft werden, auch die gesetzmäßige vorgeschriebene Wanderole. Hinterzogen wird die Wanderole nur bei Zigaretten, die lose verkauft werden. Gewöhnlich geschieht das in der Weise, daß eine Schachtel der Packung mit Wanderole versehen ist, die andere dagegen nicht. Wenn nun der Inhalt der wanderolierten Schachtel ausverkauft ist, dann werden die Zigaretten der nicht wanderolierten Packungen in den mit der Wanderole versehenen Karton hineingepackt, so daß, wenn irgendeine Steuerkontrolle kommt, immer wanderolierte Zigaretten verkauft werden. Die unwanderolierten werden so verborgen, daß das Kontrollorgan, wenn kein Vertrat gefaßt wird, unumöglich dahinterkommen kann.

Die Tatsache, daß derartige Praktiken nicht vereinzelt dastehen, ist der beste Beweis dafür, daß die Wanderolenbesteuerung sehr erneuerungsbedürftig ist. Es muß eine andere Art der Besteuerung eingeführt werden, damit Hinterziehungen in diesem Ausmaße nicht vorzukommen können.

## Hinaus in die Ferne . . .

### Das Schicksal eines Fremdenlegionärs.

Mit einem alten Fremdenlegionär beschäftigt sich zurzeit die Kriminalpolizei in Stuttgart und Berlin. In Stuttgart wurde bei einem schweren Diebstahl ein gewisser Gottschall festgenommen, der nach seinen Angaben 20 Jahre bei der französischen Fremdenlegion gedient hat.

Gottschall wurde, wie er angibt, im Jahre 1877 in einem kleinen Orte des Bezirksamts Ingolstadt als Sohn eines Tagelöhners geboren. Als junger Mann ging er auf die Wandererschaft und durchzog Frankreich, Belgien und Norddeutschland. Im Jahre 1901 ließ er sich in Epinal zur Fremdenlegion anwerben und kam über Marokko nach Saïda. Dort wurde er in das zweite Regiment eingezogen. Nach Ablauf seiner ersten Verpflichtungszeit besuchte er auf einige Monate Frankreich und kehrte dann zur Fremdenlegion zurück. Im Jahre 1914 wurde er Korporal in einem Kolonialregiment zu Sidi-Bel-Abbes. Am 1. August 1920 war seine Rekrutierung abgelaufen. Zur Regelung seiner Verhältnisse hielt er sich noch bis zum 15. November 1920 in Gran auf und half hier bei der Ausbildung der Rekruten. Dann wurde er nach 20jähriger Dienstzeit endgültig entlassen und kehrte nach Frankreich zurück. Durch Vermittlung des Roten Kreuzes erhielt er in Nancy eine Stellung als Wärter an einer Irrenanstalt. Diese Beschäftigung lagte ihm aber so wenig zu, daß er sie aufgab. Jetzt schlug er sich durch, indem er bei Bauern und auch in mehreren Städten arbeitete. In diesem Jahre zog es ihn endlich nach der Heimat und er ging wieder nach Deutschland. Durch die lange Dienstzeit in der Fremdenlegion verbraucht und durch die Heimkehr nach Deutschland seiner Militärpension von vierzehnjährlich 315 Franken verlustig, wußte er nicht mehr, was er anfangen sollte und geriet auf Abwege. So kam er zu dem schweren Diebstahl, bei dem er ertappt und festgenommen wurde.

### Keine Markenschruppe?

Die Bäckermeister Berlins sind in hellem Aufruhr. Sie sind mit dem Preis für das Markengebäck unzufrieden. Der Berliner Magistrat hat zum 25. Dezember den Preis für Großbrot, bisher 286 M., auf 310 M., die Markenschruppe, bisher 10 M., auf weiterhin 10 M. festgelegt. Die Erhöhungen erfolgten wegen der gestiegenen Kohlenpreise, Löhne, Verkaufssteuern, Umsatzsteuer usw. Der den Preispreis berechnende Ausschuss hat im Beisein von Magistratsmitgliedern und Stadtvorordneten in dem für die Markenschruppe für den Brotpreis 311,32 M. und für die Markenschruppe 10,81 M. festgelegt. Die Ernährungsdeputation des Magistrats nahm diese Sache an. Aber der Magistrat lehnte einen für das Bäckerhandwerk „vollständig unannehmbaren“ Brotpreis unter den ermittelten Sähen fest. Die Bäckermeister sehen sich nun, wie sie mitteilen, gezwungen, zunächst die Herstellung der Markenschruppe sofort einzustellen, da Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister, die bis zur letzten Minute gepflogen sind, ergebnislos blieben. Eine Massenversammlung des Bäckerhandwerkes Groß-Berlins wird weitere Beschlüsse fassen.

### Das Ende eines Tanzvergnügens.

In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr wurde der 33 Jahre alte Postschaffner Gustav Joppich, der im Hause Palladenstraße 70 wohnte, von Schutzpolizeibeamten vor dem Haupte Landberger Allee 30 mit schweren Stichverletzungen stark blutend aufgefunden. Man schaffte ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen, wo der Arzt schwere Stichverletzungen an der rechten Halsseite und an der Brust feststellte. Joppich konnte nicht mehr gerettet werden und verstarb bald nach seiner Einlieferung. Nach Zeugenaussagen ist Joppich vor dem Tanzlokal „Eisum“, Ecke der Petersburger Straße und der Landberger Allee, bei einer Schlägerei von bisher noch unbekannten Tätern durch Messerstiche verletzt worden. Die Kriminalpolizei ist damit beschäftigt, den Fall aufzuklären. Die Leiche des Joppich befindet sich vorläufig noch im Krankenhaus.

### Die neuen Reichsbanknoten zu 5000 Mark.

In der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 5000 Mark in den Verkehr gebracht werden. Sie sind 107 x 198 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt. Auf der Vorderseite befindet sich links ein etwa 45 Millimeter breiter, nur mit einem länglichen rötlich-braunen Linienmuster belegter Schaurand, der bei der Durchsicht ein sehr ausgeprägtes, bandförmiges Wasserzeichen erkennen läßt, das abwechselnd in heller Schrift die Wertziffer „5000“ und in dunkler Schrift das Wort „Mark“ trägt. Das Wasserzeichen ist mit orangefarbenen, auch in der Durchsicht gut erkennbaren Fasern durchsetzt.

Das Druckbild der Vorderseite wird durch einen braunen Zierrand eingefasst und zeigt zwei in sich abgeschlossene Teile. Der rechte größere Teil trägt ein verzerres Reliefmuster und den Reichsadler in bräunlicher Farbe. Ueber diesem Muster liegt ein hartes Netz in grün bis olivgrün verlaufender Farbe. Das Ausgabedatum lautet auf den 19. November 1922. Rechts und links von den Unterschriften befinden sich die Kontrollstempel mit dem Reichsadler und der Umschrift Reichsbankdirektorium 5000 M. in blauschwarzer Farbe. Im linken oberen Teil befindet sich ein goldenfarbener Männerkopf in blauschwarzer, durch rotbraunen bzw. grünen Schup- und Ergänzungsdruck belebter Farbe. Den unteren Teil füllt ein reich verarbeitetes Linienmuster in länglicher Form, trägt die Zahl „5000“ und ist dunkel umrandet. Die Nummer mit dem Reihenbuchstaben ist in olivgrüner Farbe auf der Vorderseite oben rechts und unten links angebracht. Die Rückseite bietet dem Beschauer eine staunfähige Papiereigenumschtheit. Der druckfreie, rechts befindliche Schaurand zeigt eine graugrüne, teilweise wollige Papierbindung und zahlreiche, teils an der Oberfläche liegende, teils mehr oder weniger eingebettete orangefarbene Fasern über dem Wasserzeichen.

Der bedruckte Teil zeigt eine in den Irisfarben Braun und violett gehaltene Quillrose, die in ihrer Mitte die vom Strohflach umrandete Zahl 5000 trägt. In den gleichen Farben befinden sich, teilweise freilegend, am oberen und unteren Teil der Quillrose in deutscher Schrift die Worte „Reichsbanknote“ „Fünftausend Mark“. Dieses Druckbild steht auf einem in den Irisfarben atmestufig bis zinngrau gehaltenen umrandeten Untergrund, welcher aus feinsten, reliefartig wirkenden Fasern zusammengesetzt ist. Sie tragen die Wertziffer 5000 Mark.

## Jugendheim Wedding.

Im Verwaltungsbezirk Wedding ist ein neues Jugendheim eröffnet worden, mit dem der Versuch gemacht wird, den Betrieb von Eigenheimen auf eine neue Grundlage zu stellen. Ein vom Bezirksamt gewährter, verhältnismäßig geringer Geldbeitrag hat es dem Bezirksjugendamt ermöglicht, im Hause Schönfeldstraße 1 eine Erholungsstätte zu schaffen, die ein Sammelplatz für die gesamte Jugend des Stadtteils werden soll. Ohne Unterschied der „Richtung“ sollen hier alle Jugendlichen willkommen sein, und zwar nicht so, daß jede Organisation für sich das Heim an einem ihr vorbehaltenen Abend benutzen darf, sondern so, daß Mitglieder aller Organisationen und auch Nichtorganisierte an jedem Abend in den gemeinsamen Räumen beisammen sind. Wer die Zerküftung der Jugend in diese einander bestehende Organisationen kennt, wird nicht leicht bedenklich den Kopf schütteln wollen, aber nach den Erfahrungen der seit Eröffnung des neuen Heims verfloffenen vier Wochen darf man den Versuch für aussichtsreich halten. Am Mittwoch machten Männer und Frauen aus der Stadt- und Bezirksverwaltung dem Heim einen Besuch, mit ihnen auch Oberbürgermeister Böß, dem die Frage der Jugendpflege besonders am Herzen liegt. Nach Begrüßung der Gäste durch Bezirksbürgermeister Leid schilderte Stadtrat Ruffisch als Delegierter des Bezirksjugendamtes die Entstehung des Heims und die Eigenart, durch die es sich von anderen Jugendheimen unterscheiden will. Die Verwaltung wird vom Jugendamt geführt, aber die Betreuung des Heims, seiner Einrichtungen und seiner Besucher ist Recht und Pflicht der Jugendlichen selber. Alle „Richtungen“, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, beteiligen sich daran, aus allen werden die besten Heimwarte gewählt, von denen je einer für einen bestimmten Abend der Woche die Führung hat, aus allen bieten sich den Heimwarten die Helfer an, die ihnen in der Ausübung ihres verantwortungsvollen Amtes zur Seite stehen. Und Mitglieder „aller Richtungen“ bemühen sich, zu der gemeinsamen Unterhaltung des Abends beizutragen. Für die Gäste, die am Mittwoch das aus einem Gemeinschaftsraum und einem Besessenen bestehende Heim in seiner der Zeit dieser Zeit entsprechenden Schicklichkeit besichtigten, veranstalteten nachher die Jugendlichen in dem benachbarten Bezirksjugendamt einen Unterhaltungsabend. Sie zeigten ihre Können in Rezitationen, Nieder zur Lauts, Reigenen und Vortrag einer kleinen Musikkapelle (Geigen, Mandolinen, Gitarren usw.) und ernteten lebhaften Beifall. Alle Freunde der Jugend werden dem neuen Heim ein frohliches Gelingen wünschen.

## Eine Auskunftsstelle für Fremde.

Im Hauptgebäude des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz im ersten Stockwerk vor dem Zimmer 153 (bisher Hauptpoststelle) ist eine Auskunftsstelle für die Fremden eingerichtet worden. Dort wird mündliche Auskunft über Pass- und Sichtvermerksverlängerung erteilt. Ferner werden dort alle schriftlichen Anträge auf Ausstellung von Aufenthaltserlaubnissen, Einreisegenehmigungen und Personalausweisen entgegengenommen. In Einreise- und Personalausweisachen geben die Geschäftsstellen 14 und 15 im ersten Stock, Zimmer 154, mündliche Auskunft. Dagegen können persönliche Vorstellungen der Ausländer bei den übrigen Geschäftsstellen des Fremdenamtes zunächst nicht zugelassen werden.

Im Prozeß Klante begann auch die heutige Sitzung mit der üblichen Verspätung, da Klante erst gegen 10 1/2 Uhr aus dem Untersuchungsgefängnis erschien. Konkursverwalter Georg Wundberlich beschäftigte sich mit dem vom Angeklagten Max Epstein für Rechnung Max Klantes als Geschäftsführer geführten Cafés Gallipoli, in dessen oberen Räumen bekanntlich Bureau des Klante-Konzerns untergebracht waren. Der Sachverständige bezeugte den Kaffeehausbetrieb als ein Anreicher-Café. Wegen dieser Bezeichnung entspann sich zwischen dem Gutachter und der Verteidigung eine längere Diskussion. Der Sachverständige verbreitete sich dann ausführlich über die Buchmachertätigkeit der Angeklagten Hornig und Dethleffen. Er behauptet, daß Klante auf der einen Seite à la hausse spekuliert hätte, nämlich für seine Kunden mit Konzengegeldern, auf der anderen Seite mit Hilfe von Dethleffen à la baisse. Auf Befragen von Rechtsanwältin Bahn schränkt er das Gutachten dahin ein, daß Dethleffen für diese Spekulation nicht in Frage käme, sondern der Strohmann für Klante gewesen sei.

Der Verhandlungstermin gegen Bernotat. Die Hauptverhandlung gegen Karl Bernotat und Kaminski, die durch ihre zahlreichen Einträge in Pensionen und Hotels und mehr noch durch ihre Ausdrücke aus den Gefängnissen die Öffentlichkeit seit Tage und Tag beschäftigt haben, ist nunmehr auf den 6. Januar nächsten Jahres vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III anberaumt worden.

Der neue Lesesaal der Stadtbibliothek Wilmersdorf, Kaiser-Allee 1-12, wird für das Publikum am 2. Januar 1923, nachm. 4 Uhr, eröffnet werden und steht werktäglich von 4-9 Uhr zur Benutzung frei. Außer den Tageszeitungen befindet sich zur freien Benutzung der Besucher in dem Lesesaal eine Standortbibliothek.

Eine Weihnachtsfeier veranstaltete auch in diesem Jahre die Komitologie Liebig in ihren Räumen in der Brückstraße für ihre Angestellten und deren Familien, sowie für 400 Waisenknaben und arme Kinder. Bei Musik und Theateraufführungen gab es für alle Schokolade, Kuchen und Weihnachtskugeln, außerdem erhielt jeder ein Paket mit Lebensmitteln, Pfefferkörnern und einer Weihnachtskarte. Die Kinder bekamen gute Bücher und sonstige nützliche Gegenstände.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Die Kreise werden gebeten, die Theaterarten für Januar abzuholen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nimmlich mild; überwiegend frühe mit Niederschlägen und schen südwestlichen bis westlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Abt. Berlin. Sitzung, Bezirksrat, sämtliches Parteimitglied sowie die Einzugsmänner und die ausgegebenen Kampfbroschüren sind bis spätestens Sonnabend, den 30. Dezember beim Generalsekretär, Schickstraße 24, bestimmt abzugeben.
2. Abt. Bezirksleiter, heute 7 1/2 Uhr abends, bei Kromphardt, Günter Weg 40, Abrechnung, Einzugsmänner, Sammlerlisten und sämtliche rechnerischen Berechnungen müssen abgerechnet werden.

## Jugendveranstaltungen.

### Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Donnerstag, den 28. Dezember.

Kreis 1. Turnabend im Rindenschlag, Straße 33, Tischtennisabend. „Das alte Jahr“ — Rieder-Schneide. Jugendheim, Gemeindefaule, Berliner Str. 22, Tischtennisabend. „Nacht und Nebel“ — Straßener Viertel. Jugendheim, Gemeindefaule, Ragnerstraße 3, Vortrag. „Kommunen in der Entwicklung des Menschens“. — Rosenfelder, Vortrag. Jugendheim, Gemeindefaule, Gipsstraße 23, Vortrag. „Sozialismus — Faschismus“.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Regierung Cuno und die Eisenbahnarbeiter.

Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben:

Bekanntlich hielten die Löhne der Staatsarbeiter immer den Löhnen der Privatindustrie nach. Nun reichen heute selbst die Löhne in der Privatindustrie bei weitem nicht mehr aus, um die rapide Steigerung der Lebensbedürfnisse weitzumachen. Die Spitzenorganisationen der Eisenbahner sahen sich daher veranlaßt, Ortslohnzulagen mit dem Reichsverkehrsministerium für Gegenden mit besonders starker Teuerung zu vereinbaren. Durch einen Erlaß vom 17. Oktober 1922, der mit den Vertragskontrahenten vereinbart war, brachte man zum Ausdruck, daß die Reichsbahndirektionen in Gemeinschaft mit den Bezirksleitungen der Organisation feststellen sollten, wie groß der Unterschied zwischen Eisenbahner- und Privatlöhnen sei, damit dieser Unterschiedsbetrag als Ortslohnzulage gewährt werden könnte. Das Reichsverkehrsministerium behielt sich aber vor, den errechneten Unterschiedsbetrag selbst zu prüfen und zu bewilligen.

Anstatt nun den errechneten Unterschiedsbetrag an alle Arbeiter in gleicher Höhe auszugeben, ging man dazu über, obgleich die Spitzenorganisationen sich mit größter Entschiedenheit dagegen wehrten, die Ortslohnzulage prozentual auf Grundlohn und Teuerungszulage zur Auszahlung zu bringen. Dies brachte ungeheure Erbitterung in die Kreise der Eisenbahner hinein, zumal auch noch feststeht, daß der Lohnsatz in sieben Lohngruppen gestellt ist, während die Teuerung für den einen wie für den anderen gleich hoch ist.

Auf Grund der geschilderten Basis wurden für Frankfurt am Main 19 Proz. auf Grundlohn und Teuerungszulage bewilligt, was einigermassen für die Monate Oktober und November ausreichte. Nun kam die Lohnerhöhung für Dezember. Trotzdem die Spitzenorganisationen energig die Bewahrung dagegen einlegten und eine weitere Erhöhung der Dezemberbezüge verlangten, nahm ein Herr v. Schlieben aus dem Finanzministerium noch mit Verwunderung auf, daß von den Spitzenorganisationen erneut für den Monat Dezember eine Erhöhung der Löhne verlangt wurde. Er lehnte diese nicht nur ab, sondern rief den Organisationen, mit Rücksicht auf außenpolitische Momente und auf die Finanzlage des Reiches, beruhigend auf ihre Mitglieder einzuwirken. Wahrscheinlich ein starkes Stück!

Die Stundenlöhne der Eisenbahnarbeiter über 24 Jahre betragen insgesamt in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember in den sieben Lohngruppen 236,30 bis 265,29 M., in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember betragen sie sich auf 283,25 bis 317,75 M. Dazu kommen noch 15 M. Frauenzuschlag und 20 M. Kinderzulage. Im Vergleich mit den in der Frankfurter Privatindustrie gezahlten Löhnen sind die Löhne der Eisenbahner durchschnittlich um 60 M. pro Stunde niedriger.

Die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erhob sofort Einspruch bei der RBD, Frankfurt a. M. und verlangte, daß zum mindesten eine Erhöhung der Ortslohnzulage erfolgen muß. Die RBD, erklärte sich damit einverstanden und sandte ein Telegramm an das Reichsverkehrsministerium, worin sie um Ermächtigung bat, mit den Bezirksleitungen den Unterschiedsbetrag zu errechnen. Nach zwei Tagen traf eine Antwort ein, aus der hervorgeht, daß man bis zum 31. Dezember das Material wünscht und dann vielleicht Mitte Januar 1923 davon denkt, was errechnete Geld auszugeben.

Am 21. Dezember nahmen die Funktionäre der Eisenbahner des DGB, Frankfurt a. M. Stellung zu der Bohndengung, in der alle Vermittlungen dagegen energig protestierten und dies Resultat als eine Herausforderung betrachteten. Es wurde eine Kommission mit einem Vertreter des Gewerkschaftsartikels beauftragt, bei der RBD, vorstellig zu werden, da keiner der Beteiligten die Verantwortung auf sich nehmen könnte, wenn es in den Betrieben zu irgendwelchen Störungen käme.

Die RBD, erkannte die Notlage der Arbeiter und war gewillt, gemeinsam mit den Arbeitervertretern, dieselbe mündlich beim Reichsverkehrsministerium und um einen Vorstoß auf die kommende Erhöhung des Ortslohnzuschlags zu ersuchen. Als sich die RBD, im Laufe des Tages telephonisch mit dem RBR, in Ver-

bindung setzte, erklärte der Ministerialrat Dr. Roser, daß für Dezember nichts mehr bezahlt wird und er die Delegation ablehne. Kommentar überflüssig. So werden die Arbeiter der Eisenbahn behandelt und satt gemacht. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

## Ein Triumph der Wirtschaftsfriedlichen.

Die Waller-Korrespondenz teilt mit, daß der Reichsarbeitsminister einen Reichstagsbeschluss mit einem dem Nationalverband deutscher Berufsverbände angeschlossenen Angestelltenverband für allgemein verbindlich erklärt hat und außerdem einige Kreisverbände des Reichslandarbeiterbundes. Auch der „die gewerkschaftlichen Gespinnstketten ablehnende“ neue Verband Deutscher Lokomotivführer ist vom Reichsverkehrsminister anerkannt worden. Damit hat sich das bisher unterdrückt gewesene berufständische Prinzip der Wirtschaftsfriedlichen gegenüber dem reinen Klassenprinzip der Gewerkschaften nach einem zähen Kampfe durchgesetzt. Den „Wirtschaftsfriedlichen“ fehlt mithin nur noch die Anerkennung aller rechtlich denkenden organisierten Arbeiter. Diese können sie ebenfalls finden, sobald sie sich in Reich und Glied stellen und damit von ihrer „wirtschaftsfriedlichen“ Quertreiberei ablassen, durch die sie die Allgemeininteressen der Arbeitnehmerschaft in schwerster Weise schädigen. Bis dahin müssen sie trotz aller „Anerkennung“ von oben nach wie vor als Schädlinge betrachtet werden.

## Durchsichtig.

Wenn die kommunistische Presse über eine „Erstuliche Stellungnahme einstimmiger Gewerkschaftsführer“ berichtet, ist die Sache schon faul. Unter dieser Überschrift wurde kürzlich folgende Mitteilung aus Hamburg gebracht:

„Auf der in diesen Tagen stattgefundenen Verbandsbeiratung des Glaserverbandes, bei der drei Viertel der 24 Teilnehmer Reichskommunisten waren, haben sämtliche Anwesenden infolge des Verbandsvorstandes auf einer Sammelliste für die Ludwigshafener Arbeiter gezeichnet und 2700 M. zusammengesetzt.“

Die Filiale Hamburg des Glaserverbandes teilte hierauf dem „Hamburger Echo“ mit: „Dieser Bericht entspricht nicht der Wahrheit, sondern ist direkt erlogen; denn in den letzten Tagen hat überhaupt keine Sitzung des Verbandsbeirates stattgefunden und konnte deshalb auch gar keine Sammlung veranstaltet werden.“

## Noch einmal: „Vom Cöpenicker Dampfbott.“

Zu unseren Angaben in Nr. 604 des „Vorwärts“ teilt uns der Verlag des „Cöpenicker Dampfbott“ mit, daß er nie Kinder zum Austragen des Blattes eingestellt habe. „Die Kinder, welche austragen, helfen ihren Eltern oder sind von den Frauen zur Hilfe angenommen.“ Der Austragelohn habe im Dezember nicht 10 M., sondern 15 M. betragen, und werde im Januar voraussichtlich auf mindestens 20 M. erhöht. Zum Austragen von 125 Exemplaren seien keine zwei Stunden erforderlich. Wenn ein Junge angegeben habe, er brauche dazu drei Stunden, so verbringt der Beifliegende die Hälfte der Zeit „mit Spielen und Alotria auf der Straße“. Durchschnittlich gebrauche eine Frau zum Austragen von 200 Exemplaren höchstens zwei Stunden täglich.

In unserer Notiz handelte es sich um die Bezahlung der Jugendlichen. Da der Verlag solche nicht direkt beschäftigt, gibt er statt dessen die Bezahlung der Frauen an, die im Dezember 3000 M. betrug. Bei dem Roser handle es sich lediglich um Verantwortung von drei Fragen, doch erklärt der Verlag dazu, daß er Bemerkungen mit den Damenfrauen auch weiterhin ohne Mitwirkung der Organisation treffe.

## Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

Trotzdem infolge einiger günstiger Teilerfolge das Interesse an dem großen Eisenbahnerstreik in Amerika etwas erkalte ist, so geht dessen Uebersicht auf einer großen Anzahl von Eisenbahnlinien der Kampf mit unerminderter Zähigkeit weiter. 125 Eisenbahnlinien hatten am 1. Oktober mit ihren Arbeitern Uebereinkommen unterzeichnet. Als Grundlage dieser Uebereinkommen diente das am 5. September in Baltimore zwischen den Vorständen der „Seaboard Air Line“ und der Eisenbahngestellten-Abteilung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (Railways Employees Department)

unterzeichnete Abkommen. Man wird sich erinnern, daß diese Gewerkschaft die am Kampfe beteiligten Organisationen, also hauptsächlich die der Wagen- und Maschinenbauer, die der Kesselschmiede, Elektriker, Schmiede und Kupferschmiede umfaßt. Das Abkommen von Baltimore ist ein Sieg der Arbeiterschaft. Er setzt die Arbeiter wieder in die alten Rechte ein, die ihnen vor dem Streik zugestanden worden waren. So wird die vom zuständigen Schlichtungsausschuß, dem „Railroad Labor Board“, beschlossene Lohnkürzung ebenfalls nicht ausgeführt werden.

Das Zustandekommen dieser Uebereinkommen und vielleicht eben, weil deren Anzahl von Tag zu Tag wächst, hat den Charakter des Streiks etwas verändert. Von einem eigentlichen Streik kann heute keine Rede mehr sein, denn die Arbeiter der unzufriedenen, hartnäckigen Gesellschaften, die bis heute jeden Eintritt in Verhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft abgelehnt haben, sind heute von der Arbeit ausgesperrt. Die endgültige Beilegung des Kampfes ist denn auch tatsächlich durch die Einstellung von Streikbrechern erschwert, die sich in gewissen Fällen in den Arbeitsstellen der Streikenden eingestellt haben. Diejenigen Arbeiter, deren Forderungen erfüllt worden sind, und die aus diesem Grunde die Arbeit wieder aufgenommen haben, unterstützen die noch drohenden Kameraden mit Geldmitteln, um letzteren auf diese Art die Durchführung des Streiks bis zum siegreichen Ende zu ermöglichen.

# Wirtschaft

**Keine Erhöhung der Gummipreise.** Der Verein deutscher Gummifabriken Hannover teilt uns mit: In den letzten Tagen lasen wir in verschiedenen Zeitungen und vom Reichsverband deutscher Fahrrad-, Nähmaschinen- und Motorschneidwerkzeughändler ausgehende Nachrichten über eine unmittelbar bevorstehende Steigerung der Preise für Fahrrad-, Automobil- und Volkreifen. Demgegenüber helfen wir es, um eine Beunruhigung des Marktes und damit eine Schädigung der gesamten Branche zu verhüten, für notwendig, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gesamtlage eine solche Vermutung jeder Grundlage entbehrt.

**Marktspekulation auf Reparationskonto.** Brüsseler Zeitungen melden, daß im Augenblick der Rückzahlung der Mark zum Parikurs nach dem Währungsstillstand Spekulationen nach Belgien Millionen, vielleicht Milliarden Mark einführen, die sie zu 68 Centimes gekauft hatten und die wie die früher von den Deutschen in Belgien veräußerten deutschen Mark zu 1 Franc 25 Centimes angenommen worden waren. Die Staatsanwaltschaft Belgiens beschäftigt sich augenblicklich damit, diese Betrügereien aufzuklären. In Brüssel allein werden 2700 verdächtige Fälle untersucht.

**Die Rüstungsausgaben.** Laut Veröffentlichung des Völkerbundes betragen die Ausgaben für Kriegszwecke für das Jahr 1922 in den Vereinigten Staaten 25,5 Proz. familiärer Staatsausgaben (der hohe Prozentsatz erklärt sich hier daraus, daß die meisten Staatsausgaben hier von den einzelnen Staaten gedeckt werden), in England 16 Proz., Frankreich 18 Proz., Italien 16 Proz., in Japan aber 30 Proz. Die kleinen europäischen Staaten liefern eine noch höhere Quote für Rüstungszwecke. Laut der Zusammenstellung der New York Trust-Company gibt Polen 42 Proz. seiner Jahreseinnahmen, Jugoslawien 32,6 Proz., die Tschechoslowakei 19,5 Proz. für Rüstungszwecke aus.

**Das französische Kapital in der Saarindustrie.** Die Firma Rheinwälderische Eisenindustrie, Kaiser u. Schlaudeder in St. Ingbert wird in eine Gesellschaft mit französischer Kapitalbeteiligung umgewandelt werden.

Verantwortlich für den Inhalt: Leit. Dietrich Hoff, Berlin; für Anzeigen: H. Glaser, Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutsche-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

**Zähne 400 u. 500 M. mit Friedenskauschuk**  
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen, Pfanden, Stützähne. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.**

**86 Gartenstr. 86**  
**Zahngebisse**  
Gold, Silber-Bruch, Platin  
kauft zu höchstem Tageskurs  
Paul Schneider, Juwelier  
**86 Gartenstr. 86**  
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

**Gold Silber - Platin**  
Gegenstände, Bruch  
**Zahngebisse**  
kaufen zu unüberbietbaren Preisen  
Gebrüder Fuhrmann  
Nollendorfstr. 39.

**Edelmetall-schmelze**  
E. Seeger, Putlitzstr. 19  
kauft  
Gold-, Platin-, Silber-Bruch  
**Zahngebisse.**  
Besonders hohe Kurse, da sofortiger Bedarf.

**GOLD-SILBER-PLATIN-BRUCH**  
kauft  
**Neuköllner Edel-Metall-Börse (Embü)** G. m. b. H.  
Bahnenstraße 15 Berlin, Straße 32  
Tel. 4-291 Tel. 1989  
Fahrtgeld wird vergütet  
50 Mark Prämie bei Verzeigung der Annonce.

**Lachmann & Scholz**  
Moabits größtes Warenhaus  
**Turmstr. 76 \* Ottostr. 1**

**Sämtliche Artikel zu Silvester**  
vorrätig  
**Scherzartikel \* Paplermützen usw.**  
in großer Auswahl

**Zahngebisse**  
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs sowie  
**Gold-Silber-Platin-Bruch**  
sämtliche Schmuckgegenstände  
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur Barhohne Edelmetallverwertung  
**2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden**  
Eingang Elisabethkirchstrasse  
**9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)**  
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

**Brillanten**  
Gold Silber-Bruch  
kauft höchstzahlend  
Ankaufsstelle  
**Frankfurter Allee 298**  
an der Seelbühl.

**Juwelen-Perlen**  
Margraf & Co.  
Berlin, Kanonenstrasse 3  
Unter den Linden 31.  
Spezialität: Antiquitätenhandel

**Stoff-Reste-Hans**  
A. M. Steinhardt  
18 Kottbuser Damm 18  
Schöne Reste für Herren-Häute Mäntel Kostüme Kleider  
in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig sehr große Auswahl. Streng reell in Qualität.

Die große Jubiläumsausgabe:  
**FLATOW**  
**Kommentar**  
ZUM Betriebsratgesetz  
Auflage 95 bis 125000  
Vollkommen neugefaltet unter Benutzung aller Literatur zum modernen Arbeitsrecht und Anführung der ergangenen Entscheidungen. Auch das Betriebsbilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz nebst Wahlordnung sind für den Gebrauch in der Praxis sorgfältig erläutert.  
PREIS 1600 M.  
Buchhandlung **VORWÄRTS**  
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

**Volkskleidung**  
**Kosen**  
Winterjoppen  
Manchester-Anzüge  
Hemden, Socken  
Unterhosen  
**Berufskleidung**  
Gute Ware! Billigste Preise!  
**Gerh. Kohnen**  
Hermannstr. 76-77.